





Diana Golze
Mitglied des Deutschen Bundestages

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

 (030) 227 – 72329

 (030) 227 – 76329

 Diana.Golze@bundestag.de

Kinderarmut bekämpfen, Kinderrechte stärken, Bildung und Betreuung gebührenfrei und flächendeckend bereitstellen

Auf der Klausurtagung der Bundestagsfraktion der Fraktion DIE LINKE wurde ein 5 Punkte-Sofortprogramm beschlossen:

Armut von Kindern und Jugendlichen in einem der reichsten Länder dieser Erde ist ein vernichtendes Zeugnis für Politik und Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland, findet Diana Golze. Kinderarmut ist strukturell bedingt. Grundsätzlich kann ihr nur begegnet werden, wenn die Armut der Eltern überwunden wird. Armut ist der größte Risikofaktor für die kindliche Entwicklung. Wie aus dem am 15. November 2007 vom Deutschen Kinderhilfswerk vorgelegten „Kinderreport Deutschland 2007“ hervorgeht, hat sich seit der Einführung von Hartz IV Anfang 2005 die Kinderarmut in Deutschland verdoppelt. Derzeit leben 2,5 Millionen Kinder auf Armutsniveau. Dieser Zustand muss umgehend überwunden werden.

„Wir brauchen einen sofortigen Paradigmenwechsel“, um Kinderarmut wirksam und nachhaltig zu bekämpfen. Das Recht von Kindern auf Achtung ihrer Würde sowie auf Entwicklung und Entfaltung ihrer Persönlichkeit soll im Grundgesetz verankert und zu einer Leitlinie des Regierungshandelns werden.

Das sind unsere fünf Schritte enthält:


- Erhöhung und Reform des Kinderzuschlages, um Hartz IV für erwerbstätige Eltern und deren Kinder zu vermeiden.
- Der Hartz IV-Regelsatz für Kinder muss unverzüglich angehoben und zu einem kindgerechten Regelsatz entwickelt werden.


PRESSMITTEILUNG



Diana Golze
Mitglied des Deutschen Bundestages

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

 (030) 227 – 72329

 (030) 227 – 76329

 Diana.Golze@bundestag.de

- Öffentliche Bildung gebührenfrei und flächendeckend bereitstellen – Qualität in der Betreuung deutlich verbessern.
- Sonderfonds zur Stärkung der Kinder- und Jugendarbeit.
- Das Kindergeld muss in einem ersten Schritt auf 200,- Euro angehoben werden.

PRESSMITTEILUNG